

Mit Doppelstrategie zum Ziel

Obwohl die Spannungen zwischen Kanton und Personalverbänden in jüngster Zeit zugenommen haben, werden wir weiterhin sowohl auf dem Verhandlungsweg als auch mit angemessenen kämpferischen Massnahmen unsere Ziele zu erreichen suchen.

Soll sich der BSPV auf den Verhandlungsweg beschränken oder soll er kämpferischer auf-

treten? Diese Grundsatzfrage beschäftigte die Verbandsorgane in der Vergangenheit immer wieder und wurde mit der zunehmenden Polarisierung in letzter Zeit noch aktueller.

Um die Verbandsbasis in die Meinungsbildung einzubeziehen, haben wir anfangs 2003 beschlossen, erstmals eine Mitgliederbefragung durchzuführen.

Bei einem erfreulichen Rücklauf von rund 36 Prozent kam klar zum Ausdruck, dass eine deutliche Mehrheit der Mitglieder künftig ein kämpferischeres Auftreten und einen aggressiveren Stil wünscht.

Diesem «Auftrag» entsprechend, haben wir im November mit der so genannten «Warnstunde» zu einer einstündigen Arbeitsniederlegung aufgerufen, welche beim Staatspersonal, bei der Lehrerschaft und in den subventionierten Betrieben auf ein breites Echo gestossen ist.

Zur härteren Gangart gehört sicher auch das Referendum gegen die personalfeindliche Teilrevision des Personalgesetzes. Damit begnügt sich der BSPV nicht mehr mit Verhandlungen und Lobby-Arbeit, sondern ergreift erstmals in der Verbandsgeschichte ein Volksrecht zur Durchsetzung seiner Ziele.

Der kämpferischere Kurs schliesst jedoch unseres Erachtens den Verhandlungsweg keineswegs aus. Angemessene Kampfmassnahmen sollen die Verhandlungen viel mehr ergänzen beziehungsweise unseren Anliegen und Forderungen zusätzlich Nachdruck verleihen. Mit dieser Strategie streben wir längerfristig eine Stärkung unserer Verhandlungsposition an.

Wenn wir mit dem Volksvorschlag für ein gerechtes Lohnsystem unsere Referendumsfähigkeit unter Beweis gestellt haben, wird sich die zurzeit personalfeindliche Grossrats-Mehrheit künftig gut überlegen müssen, ob sie elementare Personalanliegen leichtfertig in den Wind schlagen will.

Unser Gewicht als Verhandlungspartner ist allerdings nicht nur davon abhängig, in welchem Mass das Staatspersonal hinter uns steht und unsere Aktionen mitträgt, sondern auch von der Mitgliederentwicklung.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es bemerkenswert, dass die Mitgliederzahl im Berichtsjahr trotz Stellen- und Personalabbau erstmals seit 1996 wieder angewachsen ist. Diese erfreuliche Trendwende bestärkt uns, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzuverfolgen.

Die Geschäftsleitung

Inhalt/Sommaire

Warnstunde: Der Wink mit dem Zaunpfahl	6
Stellenabbau: Kein Verständnis für Moratorium	6
Standespolitik: Treten an Ort	7
Konstruktives Referendum: Personalfeindliches Gesetz muss vors Volk	7
Mitgliederbefragung: Mitglieder fordern härtere Gangart	10
Bernische Pensionskasse: Wieder 100 Prozent Deckung	10
Dienstleistungen: Positive Nebenwirkungen	11
Verbandsgeschehen: Zerreissprobe bestanden	12
Mitgliederstatistik 2003	13
Totentafel	13
Dienstjubiläen	14
Jahresrechnung	15



Die Warnstunde fand ein breites Echo.

Rapport annuel 2003

Une fois de plus, le rapport annuel du Comité directeur est publié en langue allemande dans notre journal «diagonal».

Les membres de langue française recevront la version française par courrier séparé.



Warnstunde

Der Wink mit dem Zaunpfahl

Als «Stunde der Wahrheit» wurde die Warnstunde vom 11. November etwa bezeichnet, weil sie einerseits eine Probe für die Mobilisierungsfähigkeit der Verbände war und andererseits zeigen sollte, ob der Grosse Rat den Wink mit dem Zaunpfahl verstehen würde.

Mit der anfänglich auch verbandsintern nicht ganz unumstrittenen Warnstunde sollten in der Öffentlichkeit die negativen Folgen der Sparpolitik aufgezeigt und die Politikerinnen und Politiker vor weiteren Sparbeschlüssen auf dem Buckel des Personals gewarnt werden.

Risikoreiches Vorhaben

Die Initianten waren sich durchaus bewusst, welche Risiken sie mit einem solchen Vorhaben eingingen. Ein Misserfolg hätte die Position der Personalverbände sowohl gegenüber der Regierung und dem Grossen Rat als auch in der Öffentlichkeit erheblich geschwächt. Doch selbst eine breite Befolgung des Aufrufs, die Arbeit unter dem Motto «Wenn das Personal will, steht der Service public still!» für eine Stunde niederzulegen,

war noch keine Garantie für einen Erfolg der Aktion.

Neben der Beteiligung an der Warnstunde war entscheidend, wie die Bürgerinnen und Bürger darauf reagieren würden, beziehungsweise ob die personalpolitischen Anliegen auf das erwünschte Verständnis stossen würden.

25 000 Beteiligte

Punkto Mobilisation war die Warnstunde ein voller Erfolg. Rund 25 000 Beschäftigte aus Verwaltung, Lehrerschaft und dem Gesundheitsbereich beteiligten sich am 11. November zwischen 10 und 11 Uhr in vielfältiger Weise an der Warnstunde.

Grosse Aufmerksamkeit erreichten vor allem die Polizistinnen und Polizisten, welche zwei Grosskontrollen auf der Autobahn durchführten und dabei den Automobilistinnen und Automobilisten für einmal nicht Bussen zettel, sondern personalpolitische Informationsblätter aushändigten.

Auch die Mitarbeiter des Forstdienstes, welche eine Baumfällaktion an einer stark be-

fahrenen Strasse mit einer Informations- beziehungsweise Warnaktion verbunden haben, fanden die erwünschte Beachtung.

Positives Echo

Ausserordentlich positiv war auch das Echo in der Öffentlichkeit. Abgesehen von kritischen Verlautbarungen der freisinnigen Parteileitung und aus Arbeitgeberkreisen wurde der Warnstunde viel Verständnis entgegengebracht. Negative Reaktionen aus der Bevölkerung blieben fast gänzlich aus, und die Medien berichteten im Grossen und Ganzen neutral bis wohlwollend über die verschiedenen Aktionen.

Grossrats-Mehrheit hat den Wink nicht verstanden

Nicht beeindruckt liess sich die Mehrheit im Grossen Rat. Wenige Tage nach der Warnstunde wurde die personalfeindliche Änderung des Personalgesetzes beschlossen, mit welcher der Erfahrungsaufstieg abgeschafft werden soll, und auch bezüglich Lohnentwicklung kam noch keine Bewegung in die verhärteten Fronten.

Stellenabbau

Kein Verständnis für Moratorium

Die Forderung nach einem Entlassungsmoratorium blieb trotz der stetig wachsenden Arbeitslosigkeit chancenlos. Regierungsrat und Grossrats-Mehrheit hatten kein Verständnis für diesen Vorschlag des BSPV.

Von den neusten Stellenabbauplänen sind unter anderem Berufsgruppen in der Landwirtschaft und im Forstdienst betroffen, für die es schwierig sein wird, neue Stellen zu finden.

Angesichts der von Monat zu Monat anwachsenden Arbeitslosigkeit hat der BSPV ein vorübergehendes Entlassungs-Moratorium gefordert.

Die Forderung wurde von BSPV-Assistent Matthias Burkhalter aufgenommen und in Form einer grossrätlichen Motion eingebracht. Regierung und Grossrats-Mehrheit wollten jedoch nichts von einer solchen «Schonfrist» wissen. Mit dem Argument, es handle sich um einen Versuch, die SAR-Beschlüsse zu unterlaufen, wurde der Vorstoss abgeschmettert.

Informationsfrist verlängert

Entsprochen hat der Regierungsrat hingegen der vom BSPV geforderten Verlängerung der Informationsfrist für die betroffenen Angestellten. Mit der auf den 1. Oktober 2003 in Kraft gesetzten Änderung der Stellenvermitt-

lungsverordnung sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Stelle aufgehoben werden soll, künftig zwölf Monate zum Voraus (bisher neun Monate) zu informieren.

Ausserdem wurde die ZPS (Zentrale Personalkoordinationsstelle) personell verstärkt. Die seinerzeit ebenfalls auf Anregung des BSPV geschaffene ZPS hat sich in der Vergangenheit nicht nur als interne Stellenvermittlungs-Drehscheibe bewährt, sondern die vom Stellenabbau betroffenen Angestellten auch professionell beraten und begleitet. In unbürokratischer Weise werden von der ZPS auch Weiterbildungen und Outplacement-Unterstützungen angeboten.



Standespolitik

Treten an Ort

In den klassischen standespolitischen Bereichen, also bei den Anstellungs- und Arbeitsbedingungen, konnten die Personalverbände im Berichtsjahr keine Verbesserungen erreichen.

Wie die nachstehende Zusammenstellung zeigt, hat der Kanton im Personalbereich seit 1993 insgesamt rund 3,4 Milliarden Franken eingespart.

Einsparungen im Personalbereich

	jährlich (wiederkehrend) Mio. Fr.	seit 1993 (kumuliert) Mio. Fr.
Verweigerung des Teuerungsausgleichs	200 ¹⁾	1 400 ²⁾
Kürzung individueller Lohnaufstieg	130 ¹⁾	550 ²⁾
Einsparungen infolge Stellenabbau	215 ¹⁾	950 ²⁾
Abschaffung Familienzulage + Diverses	30 ²⁾	180 ²⁾
Pensionskasseneinkäufe		320 ²⁾
Total	575	3 400

¹⁾ Angaben Finanzdirektion / Personalamt

²⁾ Berechnungen / Schätzungen BSPV

Besonders schmerzhaft ist dabei die wiederholte Verweigerung des vollen Teuerungsausgleichs, welche inzwischen zu einem kumulierten Reallohnverlust von rund 7 Pro-

zent geführt hat. Der Kanton hat dabei jährlich wiederkehrende Einsparungen von 200 Millionen Franken erzielt.

Versprechen gebrochen

Das geltende Lohnsystem gemäss Personalgesetz und Gehaltsdekret basiert auf dem vollen Teuerungsausgleich und individuellen Lohnerhöhungen von 1,5 Prozent. Im Rahmen der so genannten SAR-Massnahmen wurde jedoch fatalerweise das jährliche Lohnsummenwachstum auf 1,0 Prozent beschränkt. Der Regierungsrat nannte diesen finanzpolitisch motivierten Eingriff eine «unechte SAR-Massnahme» und versprach, diese umgehend wieder aufzuheben. Mit Spannung wurden deshalb die Vorgaben für die Lohnmassnahmen 2004 erwartet. Regierung und Grosse Rat hielten jedoch eisern an ihrer personalfeindlichen Lohnpolitik fest.

Erneut wurde das Lohnsummenwachstum auf 1,0 Prozent festgelegt und somit zum zweiten Mal hintereinander keine Mittel für den so genannten Leistungsanteil zur Verfügung gestellt. Dass damit das seinerzeitige Versprechen nicht eingelöst wurde, ist frust-

rierend und sicher nicht vertrauensfördernd.

Warten auf Arbeitszeitverkürzung

Noch 2001 konnte davon ausgegangen werden, der Durchbruch bei der überfälligen Arbeitszeitreduktion stehe unmittelbar bevor. «Nicht sofort, aber später – vielleicht» erklärte damals der Regierungsrat.

Zurzeit ist die Regierung jedoch nicht einmal mehr bereit, über die generelle Einführung der fünften Ferienwoche und/oder der 40-Stunden-Woche zu verhandeln. Damit ist das Staatspersonal in diesem für viele Angestellte wichtigen Bereich weiterhin schlechter gestellt als die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft.

Zusätzlich zwei freie Tage!

Schliesslich war der Regierungsrat doch noch zu einem kleinen Schritt in die richtige Richtung zu bewegen und dem Personal wie bereits 2002 zwei zusätzliche freie Tage zu gewähren (je einen halben Tag am 24. und 31. Dezember und einen Tag frei wählbar).

Konstruktives Referendum

Personalfeindliches Gesetz muss vors Volk

Erstmals in seiner über 90-jährigen Geschichte macht der BSPV von einem Volksrecht Gebrauch, um seine Ziele zu erreichen. Zusammen mit den andern Verbänden soll mit einem konstruktiven Referendum die Abschaffung des Erfahrungsaufstieges verhindert werden.

Dem 1997 eingeführten Gehaltssystem BEREBE, welches in der Vergangenheit verschiedentlich hart kritisiert worden ist, kann immerhin attestiert werden, dass es auf einem einigermaßen ausgewogenen Lohnaufstiegs-Konzept mit folgenden drei Säulen beruht:

- Genereller Lohnaufstieg (Teuerungsausgleich)
- Erfahrungsaufstieg
- Leistungsaufstieg

Mit dem Erfahrungsaufstieg wird bekanntlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, welche die Anforderungen ihrer Stelle erfüllen (Qualifikation A, B oder C), der Aufstieg bis zum Erreichen der Lohnstufe 24 garantiert.

BEREBE wird nicht angewendet

Um das BEREBE-Lohnaufstiegskonzept umzusetzen, müsste das jährliche Lohnsummenwachstum um 1,5 Prozent über der Teu-

erung liegen. Wenn jedoch wie in den letzten zwei Jahren nur 1,0 Prozent gewährt wird, kommt das System aus dem Gleichgewicht, weil die Mittel nur gerade für den Teuerungsausgleich und den Erfahrungsaufstieg ausreichen und für den Leistungsaufstieg nichts mehr übrig bleibt.

Das Pferd beim Schwanz aufgezäumt

Statt wie versprochen umgehend dafür zu sorgen, dass wieder ausreichend Mittel für

Fortsetzung Seite 9



Polizistinnen und Polizisten führten im Rahmen der Warnstunde eine «Grosskontrolle» auf der Autobahn durch.

eine vernünftige Lohnpolitik zur Verfügung gestellt werden, hat sich die Regierung entschlossen, das Lohnsystem auf den Kopf zu stellen und den Erfahrungsaufstieg kurzerhand zu eliminieren.

Unnachgiebige Haltung

Angesichts der bestehenden Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat unternahmen die Personalvertreter vor und hinter den Kulissen

verschiedene Versuche, um in dieser personalpolitisch sensiblen Angelegenheit einen tragbaren Kompromiss zu schmieden.

Die Mehrheit des Grossen Rates blieb jedoch hart und wies sämtliche Kompromiss-Angebote von sich.

«Intelligentes» Referendum

Damit sahen sich die Personalverbände gezwungen, als letztes Mittel das Volksrecht des Referendums zu ergreifen.

Um einen echten Volksentscheid zu ermöglichen, wurde im Sinne eines Gegenvorschlages ein so genannter Volksvorschlag (konstruktives Referendum) lanciert.

Abstimmung wahrscheinlich erst 2005

Weil der Grosse Rat den Volksvorschlag behandeln und eine eigene Abstimmungsempfehlung abgeben muss, wird die Abstimmung frühestens Ende 2004, eher aber erst 2005 statt finden.

Das gute Haus am Strättli



LINDE
★★★
STETTLEN

- Gaststube
- LINDE-Stube
- Burgerstube
- Hotel
- Bankette
- Konferenzen
- Seminare
- Tagungen

3066 Stettlen b. Bern • Tel. 031/931 85 86 • Fax 031/931 55 03
E-Mail: linde_stettlen@bluewin.ch



**Fenster
Türen
Schreinerei
Zimmerei
Parkett**



Parquet + Holzbau AG Bern
Weissensteinstr. 4, 3008 Bern, Tel. 031 385 28 28, Fax 031 385 28 29

Sie feiern bei uns Geburtstag!

(7x in der Woche ab 18.00 Uhr)

Unser Geschenk an Sie:

Wir offerieren Ihnen ein 3-Gang-Menu* (ohne Getränke) und diese genüsslichen Stunden werden erst noch fotografisch festgehalten.

* Einzige Bedingung:
Es sind mindestens 3 Erwachsene, die sich an diesem Geburtstags-Anlass kulinarisch verwöhnen lassen, oder aber 2 Erwachsene und 2 Kinder.



- Abgasleitungen
- Kaminsanierungen
- Kaminbau
- Cheminéeöfen

ZUBESCH Kamine AG

Könizstrasse 253 Tel. 031 978 20 10
3097 Liebfeld Fax 031 978 20 11
www.zubesch.ch info@zubesch.ch

Unsere **QUALITÄT** – Ihre **SICHERHEIT**



Mitgliederbefragung

Mitglieder fordern härtere Gangart

Für sichere Arbeitsplätze, mehr Ferien und den vollen Teuerungsausgleich soll sich der BSPV nach Meinung der Verbandsmitglieder in erster Linie einsetzen. Dabei fordert eine deutliche Mehrheit eine härtere Gangart und ein aggressiveres Auftreten.

Unter dem Motto «Sagt uns, was ihr wollt!» hat die Geschäftsleitung im Berichtsjahr erstmals bei den Aktivmitgliedern eine Mitgliederbefragung durchgeführt. Rund 36 Prozent haben sich die nötige Zeit genommen und den Fragebogen ausgefüllt retourniert. Auf diese Weise kam eine repräsentative Meinung über die einzuschlagende Stossrichtung und die zu wählenden Mittel zustande.

Sichere Arbeitsplätze, mehr Ferien und voller Teuerungsausgleich

Ein sicherer Arbeitsplatz liegt vielen Mitgliedern sehr am Herzen: Bei der Gewichtung der verschiedenen standespolitischen Anliegen

erhielt die Arbeitsplatzsicherheit 43 von 100 Punkten. Arbeitszeitverkürzung, Lohnverbesserungen und die übrigen Anstellungsbedingungen wurden mit deutlichem Abstand fast einheitlich mit 18 bis 20 Punkten gewichtet.

Bei der Frage, ob in der Arbeitszeitdiskussion mehr Ferien oder die 40-Stunden-Woche forciert werden solle, sprachen sich die Mitglieder im Verhältnis 2:1 für die Erhöhung des Ferienanspruches aus.

Schliesslich wurde der Gewährung des vollen Teuerungsausgleichs in der Umfrage ein hohes Gewicht beigemessen.

BSPV soll kämpferischer werden

Mit der Umfrage wurde den Mitgliedern auch Gelegenheit geboten, das bisherige Verhalten der GL und den Stil der Verbandszeitung «diagonal» zu beurteilen.

Dabei befanden 70 Prozent die GL als eindeutig oder eher zu zahm und 59 Prozent erachteten den Stil des «diagonals» eindeutig

oder eher zu lau. Offensichtlich wünscht eine deutliche Mehrheit der Mitglieder künftig ein kämpferischeres Auftreten und einen aggressiveren Stil.

Kein Streik

Mit grosser Spannung wurde inner- und ausserhalb des BSPV die Haltung der Mitglieder zur Streikfrage erwartet. Je nach Standpunkt wird das nachstehend dargestellte Ergebnis denn auch unterschiedlich beurteilt.

Welche Kampfmassnahmen?

Keine	Grosskund- gebung	Protest- pause	Streik
609	395	495	616
36%	23%	29%	36%

Je rund ein Drittel hat sich für einen Verzicht auf Kampfmassnahmen respektive für einen eintägigen Warnstreik ausgesprochen. Nur eine Minderheit würde somit zurzeit einen Streik unterstützen. Eine starke Mehrheit steht jedoch hinter «sanfteren» Kampfmassnahmen.

Bernische Pensionskasse BPK

Wieder 100 Prozent Deckung

Nach zwei schlechten Jahren hat sich die BPK dank der Trendwende an den Börsen wieder erholt und erreichte gegen Ende Jahr wiederum einen Deckungsgrad von rund 100 Prozent.

Wie stark die Altersvorsorge von den Entwicklungen an den Aktienmärkten abhängig ist, hat sich in den letzten drei Jahren gezeigt. Zwei schlechte Börsenjahre führten bei der BPK in den Jahren 2001 und 2002 zu massiven Vermögensverlusten von 3,6, respektive 6,0 Prozent.

Die in den guten Jahren geschaffenen Reserven reichten nicht aus, um die Verluste zu decken, so dass Ende 2002 das für die Finanzierung der (versprochenen) Leistungen

notwendige (Deckungs-)Kapital nicht mehr ganz zu 100 Prozent vorhanden war.

2003: 515 Millionen Gewinn

Nach einem Tiefpunkt zirka Mitte März sind vor allem in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres die wichtigsten Aktienwerte deutlich angestiegen. Davon hat auch die BPK profitiert. Schliesslich betrug der Nettoertrag (Performance) auf dem Gesamtvermögen rund 7,9 Prozent, was einem Vermögensgewinn von rund 515 Millionen Franken entspricht.

Mit diesem Ergebnis konnte wiederum die volle Deckung erreicht werden. Der Ende 2003 ausgewiesene Deckungsgrad lag bei 100,75 Prozent.

Kein Teuerungsausgleich auf den Renten

Vom erfreulichen Jahresabschluss der BPK können die Rentnerinnen und Rentner nicht direkt profitieren.

Die Mehrheit der Verwaltungskommission war trotz der positiven Entwicklung nicht bereit, die Forderung nach einem Ausgleich der Teuerung zu erfüllen.

Damit erhöht sich der in den letzten Jahren infolge der wiederholten Verweigerung des Teuerungsausgleichs kumulierte Kaufkraftverlust der Renten auf zirka 8,2 Prozent und liegt damit noch um 1,4 Prozent höher als der kumulierte Reallohnverlust (rund 6,8 Prozent, den das Staatspersonals in dieser Zeit erlitten hat).

Dienstleistungen

Positive Nebenwirkungen

Was bei Medikamenten häufig ein Problem darstellt, hat beim BSPV einen positiven Aspekt: die Nebenwirkungen. Beim BSPV bestehen die Nebenwirkungen der Mitgliedschaft aus den so genannten Dienstleistungen.

Die wichtigsten Dienstleistungen des BSPV sind und bleiben zweifellos die Rechtsberatung und der Rechtsschutz. Bei juristischen Problemen im Zusammenhang mit dem Arbeitsplatz leistet der Verband in der Regel volle Kostengutsprache für die Anwalts- und Verfahrenskosten.

Nur vier neue Rechtsschutzgesuche

Im Berichtsjahr musste die Geschäftsleitung nur vier Mitgliedern neu Rechtsschutz gewähren. Sechs Rechtsschutzfälle konnten abgeschlossen werden.

Während bei den Verfahren, welche den Beizug eines Anwalts erfordern, eine sinkende

Tendenz festzustellen ist, nahmen die Beratungsfälle nochmals zu. Insbesondere im Zusammenhang mit den verschiedenen Stellenabbau-Projekten haben zahlreiche Betroffene beim BSPV Rat gesucht.

Fakultativer Privat-Rechtsschutz

Der konventionelle Verbandsrechtsschutz deckt nur Streitigkeiten ab, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis stehen.

Für andere Rechtsgebiete (beispielsweise Verkehr oder Streitigkeiten aus Versicherungs-, Kauf-, Service-, Reise-, Leasing-, Mietverträgen usw.) bietet der BSPV eine fakultative Rechtsschutz-Versicherung an.

Dank einer Vereinbarung mit COOP Rechtsschutz erhalten BSPV-Mitglieder einen Spezialrabatt in der Höhe von 10 Prozent. Ausgewählt werden kann aus zwei Varianten (Variante A: Verkehrs-Rechtsschutz; Variante B: Privat-Rechtsschutz).

Kollektiv-Krankenversicherung KPT

Mit der Krankenkasse KPT hat der BSPV vor ein paar Jahren einen Kollektiv-Vertrag abgeschlossen, welcher den Verbandsmitgliedern beachtliche Vergünstigungen auf den nicht obligatorischen Versicherungen bietet.

Bei der Spitalkostenversicherung beträgt der Rabatt 15 Prozent, in den Bereichen «Krankenpflege-Plus» (für gewisse Leistungen, welche mit der Grundversicherung nicht abgedeckt sind) und «Natura» (für nicht mit der Grundversicherung abgedeckte Leistungen der Komplementärmedizin) 10 Prozent.

Mit COOP-Versicherung Geld sparen

Ebenfalls 10 Prozent Spezialrabatt gewährt die COOP Versicherung den BSPV-Mitgliedern auf den sonst schon günstigen Prämien für Auto- und Hausratversicherungen.

BSPV-Rabattliste

Die BSPV-Rabattliste weist rund fünfzig Geschäfte auf, bei denen BSPV-Mitglieder von Spezialrabatten profitieren.

Im Herbst fand wiederum die bereits zur Tradition gewordene 20-Prozent-Rabatt-Woche bei Universal-Sport statt.

BSPV-Mitglieder sind informiert

Einen direkten Kontakt zwischen Verbandsleitung und Basis bietet die seit neunzig Jahren bestehende Verbandszeitung.

Im Berichtsjahr erschienen wie üblich neun Ausgaben, welche wie im Vorjahr einen Gesamtumfang von 116 Seiten aufwiesen.

Neben der Verbandszeitung finden die BSPV-Mitglieder die wichtigsten Informationen stets aktuell auf der BSPV-Homepage www.bspv.ch, welche auch Möglichkeiten zur direkten Kontaktaufnahme mit dem BSPV-Sekretariat bietet.



Regierungsrätin Dora Andres zeigt Peter Kunz und Matthias Burkhalter den Weg... aber nur beim GL-Ausflug in Brienz.



Verbandsgeschehen

Zerreissprobe bestanden

Die internen Diskussionen über die geeigneten Kampfmittel und den künftig zu wählenden Stil hätten die Schlagkraft des BSPV gefährden können – taten dies aber erfreulicherweise nicht.

Etlche Organisationen sind in der Vergangenheit durch Strategie-Diskussionen in ihrem Handeln gelähmt und schliesslich geschwächt worden. Lachende Dritte waren dabei die eigentlichen Kontrahenten.

Beim BSPV konnte eine solch kontraproduktive Wirkung vermieden werden, weil bei allen Beteiligten stets das gemeinsame Ziel im Vordergrund blieb – der BSPV hat damit die Zerreissprobe bestanden.

Kämpferische Abgeordnetenversammlung

Die Abgeordnetenversammlung (AV) fand am 27. Juni im üblichen Rahmen im Grossratssaal des Berner Rathauses statt.

Neben den statutarischen Geschäften standen die vom Regierungsrat geplante Abschaffung des Erfahrungsaufstieges und die kantonale Steuersenkungsinitiative im Zentrum dieses Anlasses.

In kämpferischer Stimmung wurde die Geschäftsleitung beauftragt, die Abschaffung des Erfahrungsaufstieges wenn nötig mittels Referendum zu verhindern. Mit der Verabschiedung einer Resolution sprach sich die AV zudem unmissverständlich gegen die Steuersenkungsinitiative der so genannten Wirtschaftsverbände aus.

Engagierter Zentralvorstand

Der Zentralvorstand (ZV) führte seine ordentlichen Sitzungen am 7. Mai in Bern und am 24. Oktober im INFORAMA in Bärnu durch.

An der Frühjahrssitzung wurde die Forderung nach einem Entlassungs-Moratorium (siehe Bericht Seite 6) verabschiedet. Die auswärtige Herbstsitzung stand im Zeichen der Warnstunde.

Konfliktfähige Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung (GL) setzt sich unverändert wie folgt zusammen:

Präsident:	Peter Kunz
Vizepräsidentin:	Gisela Basler
Verbandssekretär:	Roland Seiler
Verbandskassier:	Erwin Balsiger
Beisitzer:	Otto Aeby Erich Frauenfelder Pierre-André Musy

Die Stärke eines kollektiven Führungsorgans zeigt sich im Umgang mit unterschiedlichen Meinungen. Alle GL-Mitglieder haben sich bemüht, die Standpunkte der andern zu anerkennen, Differenzen ausdiskutieren und die einmal gefassten Mehrheitsbeschlüsse zu akzeptieren.

An 17 Sitzungen, in der Regel über die Mittagszeit im Sitzungszimmer des Verbandssekretariates an der Postgasse 60 in Bern, wurden die anfallenden Geschäfte beraten.

Im September verbrachten die GL-Mitglieder und das Sekretariatspersonal gemeinsam mit ihren Partnerinnen und Partnern auf eigene Kosten traditionsgemäss ein gemütliches Wochenende. Ziel der Reise war Bönigen, der Heimatort des Verbandssekretärs. Bei einem Abstecher nach Brienz stand zur Überraschung und Freude der Teilnehmenden Regierungsrätin Dora Andres zum Empfang bereit und liess es sich nicht nehmen, ihre Wohngemeinde gleich persönlich vorzustellen.

Wechsel im Sekretariat

Das Sekretariat erlebte im Berichtsjahr einen einschneidenden Personalwechsel. Nach zwanzig Dienstjahren verliess Jean-Pierre Juillard infolge Altersrücktritt auf Ende Mai das BSPV-Sekretariat. Neu arbeitet seit dem 1. Juni Matthias Burkhalter beim BSPV. Mit seiner Anstellung konnte wiederum eine direkte Verbindung zum Grossen Rat hergestellt werden.

Das Sekretariats-Team sieht nun wie folgt aus:

- Roland Seiler, Verbandssekretär
- Matthias Burkhalter, Assistent
- Esther Ritter, Sekretärin
- Anne-Marie De Toffol, Verwaltungsangestellte

Zwei Untergruppen aufgelöst

Im Berichtsjahr haben sich gleich zwei Untergruppen aufgelöst, nämlich jene der Steuerexperten und jene des Gemeindepersonals Wohlen.

Hier wie dort erfolgte die Auflösung, weil sich nicht mehr genügend Mitglieder für die Mitarbeit in den Vorständen zur Verfügung gestellt hatten – eine bedauerliche Erscheinung, mit welcher zurzeit viele Organisationen inner- und ausserhalb des BSPV konfrontiert sind.

Kein Schaden entstand für die betroffenen Verbandsmitglieder. Diese konnten zwischen dem Übertritt zur VBOG (Vereinigung Berner Ortsgruppen) und der Einzelmitgliedschaft wählen, wenn sie weiterhin dem BSPV angehören wollten.

Erneuerter Dachverband

Der BSPV arbeitet seit Jahrzehnten aktiv im kantonalen Angestellten-Dachverband «Vereinigung Bernischer Angestelltenverbände VBA» mit. Die VBA hat insbesondere bei der Organisation der Protestaktionen HALT (1999) und VETO (2002) zusammen mit dem Gewerkschaftsbund des Kantons Bern GKB eine führende Rolle übernommen.

Im Berichtsjahr hat sich die VBA ein Leitbild sowie neue Statuten gegeben und gleichzeitig eine Namensänderung vorgenommen. Neu heisst der Dachverband, dem gegen 40 000 Mitglieder angehören, «angestellte bern».

In «angestellte bern» sind folgende acht Verbände zusammengeschlossen:

- Bernischer Staatspersonalverband BSPV
- Kantonalberner Kaufmännischer Verband KV
- Laborpersonalverband Bern IVB
- Lehrerinnen und Lehrer Bern LEBE
- Schweizer Berufs- und Fachverband der Geriatrie-, Rehabilitations- und Langzeitpflege SBGRL, Sektion Bern
- Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK, Sektion Bern
- Verband der schweizerischen Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte Bern VSAO
- Verband Schweizerischer Vermessungsfachleute VSVF, Sektion Bern

Mitgliederstatistik 2003

Mitgliederschwund gestoppt

Gr. Nr.	Untergruppe	Bestand am 1. 1. 2003	Bestand am 31. 12. 2003	Zunahme	Abnahme
6	Vereinigung Berner Ortsgruppen	943	997	54	-
7	Höhere Angestellte des Kantons Bern	118	116	-	2
8	Handw.-techn. Personal	158	150	-	8
9	Union du Personnel	31	29	-	2
11	Verein für Lehr-/Beratungskräfte vbl	92	95	3	-
15	Verein der Forstingenieure	31	27	-	4
16	Förster	74	71	-	3
17	Forstwarte	39	40	1	-
18	Wildhüter	28	28	-	-
19	Fischereiaufseher	10	10	-	-
20	Psychiatrische Kliniken	134	127	-	7
25	Inselspital	95	90	-	5
31	RegierungsstatthalterInnen	22	20	-	2
32	Verband Bernischer Richter + Richterinnen	136	132	-	4
33	GerichtsschreiberInnen	30	31	1	-
34	GrundbuchverwalterInnen	33	34	1	-
35	Betreibungs- und Konkursbeamte	28	32	4	-
39	Pfarrverein	338	373	35	-
40	Anstalten	300	293	-	7
46	Polizeiverband Bern Kanton	983	1037	54	-
48	Automobilexperten	46	54	8	-
49	Expertenverband Steuerverwaltung	92	0	-	92
54	SchulinspektorInnen	19	18	-	1
55	BerufsberaterInnen	39	37	-	2
57	Unidozentenverein	54	83	29	-
61	Dozierende Berner Fachhochschule	85	87	2	-
70	Strassenmeister	239	235	-	4
83	Unterhalt Autobahn	57	60	3	-
86	Strasseninspektoren	14	14	-	-
90	Einzelmitglieder	295	307	12	-
91	Personalverband Sozialversicherung	90	98	8	-
92	Gemeindepersonal Zollikofen	38	39	1	-
93	Gemeindepersonal Wohlen	41	0	-	41
	Aktive inkl. Doppelmitglieder	4732	4764	32	-
	davon Doppelmitglieder	14	15	1	-
	Aktive ohne Doppelmitglieder	4718	4749	31	-
96	Rentnervereinigung	1663	1693	30	-
	Total Mitglieder	6381	6442	61	0

Totentafel

2003 verstarben 57 Mitglieder

Aebi Stephan, Schüpbach	Gerber Dora, Dr., Hünibach	Locher Paul, Dr., Burgdorf	Stauffer Rudolf, Bern
Amendola Hulda, Bern	Griessen Denise, Thun	Luginbühl Alfred, St-Imier	Steiner Werner, Ostermundigen
Amstutz Trudi, Gwatt	Guggisberg Hans-Rudolf, Biel/Bienne	Marti Ernst, Bern	Stettler Robert, Zollikofen
Audétat Suzanne, Biel/Bienne	Hegg Hans, Ostermundigen	Mauerhofer Adolf, Bern	Streun Heinrich, Guttannen
Bähler Hans, Burgistein	Herren Ernst, Thörishaus	Moser Ernst, Tegna	Stucki Ernst, Erlenbach i.S.
Brügger Rolf, Münchenbuchsee	Hof Marcel, Laufen	Moser Martin, Burgdorf	Stucki Hans, Bern
Buser René, Langenthal	Hofer Walter, Burgdorf	Nussbaum Roger, Biel/Bienne	Theurillat Albin, Montenol
Carnal Pierre, Malleray	Humair Lisette, Bellelay	Ritter Fritz, Münsingen	Vifian Christian, Aarau
Dübi Walter, Fraubrunnen	Jakob Rudolf, Steffisburg	Ruch Fritz, Studen	Vuilleumier Daniel, La Neuveville
Dübi Willi, Wiler b. Seedorf	Kaiser André, Grellingen	Schär Hans, Bern	Wächter Monika, Spiegel b. Bern
Fankhauser Theodor, Fraubrunnen	Kaufmann Paul, Bern	Scheidegger Hans Rudolf, Spiez	Wegmüller Fritz, Thun
Fehr Jean-Jacques, Dr., Reconvilier	Leber-Matter Julius Peter, Dr., Schwadernau	Schneider Kurt, Hünibach	Zbinden Ernst, Dr., Walendorf
Flury Rosemarie, Wabern	Leuenberger Hans, Gerzensee	Schultz Hans, Prof. Dr., Thun	Zimmermann Fritz, Bönigen
Gartmann Herbert, Bern	Liechti Fritz, Murten	Schwab Hermann, Walperswil	Zünd Stephan, Boltigen



Wir gratulieren

Dienstjubiläen 2003

**Auch 2003 konnten zahlreiche
Verbandsmitglieder ein Dienstjubiläum feiern.
Der BSPV gratuliert herzlich.**

40 Dienstjahre / 40 années de service

Brand Roland, Gerichtskreis VIII
Hefli Rosa, Angestellte PZM
Herrmann Edith, Kreisgrundbuchamt III
Wenger Hans-Ulrich, Strasseninspektorat Thun

25 Dienstjahre / 25 années de service

Abbühl Willy, Waldabteilung 4
Aebi Heinz, Betr. + Konkursamt Seftigen
Aebi Ulrich, Stab
Aeby Peter, Pathophysiolog, Inst. Uni
Aemmer Kurt, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Barth René, Gymnasium Thun Seefeld
Beuchat Philippe, Gerichtskreis I
Bichsel Arnold, Strasseninspektorat Emmental
Biollay Jean, HTA-BI Professoren
Böni Reinhard, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Bönzli Bernhard, Massnahmenvollzug St. Johannsen
Buchs Martin, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Burger Fritz, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Burn Roland, Berufs- + Laufbahnberatung
Dänzer Robert, Strasseninspekt. Oberland West
Däppen Alfred, Anstalten Thorberg
Delaquis Irena, Gymnasium Hofwil
Dubler Bernhard, Anstalten Witzwil
Dubler Heinz, Anstalten Witzwil
Dürrenmatt Vreni, Anstalten Hindelbank
Eggimann Markus, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Engemann Markus, Kreisgrundbuchamt X
Faietti René, Anstalten Witzwil
Fankhauser Elisabeth, Gerichtskreis VII
Fischer Hansjörg, Techn. Stab Tiefbauamt
Flückiger Peter, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Freiburghaus Heinz, ref. Pfarrer
Frutiger Peter, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Gämperle Hans-Rudolf, Strasseninspekt. Emmental
Gasser Alfred, HTA-BI Professoren
Gasser Jürg, Inst. für Theoretische Physik Uni
Geiser Daniel, Landwirtschaftsdir. Loveresse
Gerber Hans, Ausgleichskasse Bern
Gerber Hans, Regierungsstatthalteramt Fraubrunnen
Gerber Roland, ref. Pfarrer
Graber Paul, Anstalten Thorberg
Gränicher Heinz, Zivilstandsamt Trachselwald
Grimbühler Jeannine, Kreisverwaltung Bern-Stadt
Gutmann Ulrich, Fischereiinspektorat
Gyger Walter, Strasseninspekt. Oberland West
Habegger Andreas, Ausgleichskasse
Handke Kurt, ref. Pfarrer
Hinni Kurt, Kreisverwaltung Bern-Stadt
Hofer Andreas, Strasseninspektorat Konolfingen
Hofmann Hans-Ulrich, INFORAMA Schwand
Hostettler Hans, Staatsarchiv
Hulliger Fritz, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Jaccottet Henri, Grundstückgewinnsteuer
Jost Bernhard, Vermessungsamt
Keller Ulrich, Anstalten Thorberg
Knopf Samuel, Anstalten Thorberg
Koch Urs, Gärtnerei Uni
Kohler Barbara, Allgemein Uni
Kohler Hans-Peter, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Kohler Katharina, Kreis Emmental-Oberaargau
Krebs Hansjörg, KAPO Bern Zentr./Mannschaft

Kronenberg Hans, Amt für Zentrale Dienste
Kunz Hanspeter, Strasseninspektorat Seftigen
Landolt Ferdinand, Jugendheim Prêles
Lanz Heinz, Anstalten Thorberg
Lehmann Adrian, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Liechti Urs, Kantonspolizei
Lüthi Walter, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Marthaler Heinz, Waldabteilung 5
Marti Fritz, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Marty Walter, Massnahmenvollzug St. Johannsen
Mayer Beat, Bildungspl. + Evaluat. ERZ
Messerli Hans-Peter, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Moser Peter, Gerichtskreis X
Mülhauser Ida, Angestellte PZM
Müller Alexander, Jugendgericht Bern-Mittelland
Müller Guido, Betr. + Konkursamt Jura-Seeland
Müller Leo, HTA-BI Professoren
Niederhauser Elisabeth, Arbeitsbed. KIGA
Nydegger Jürg, Zivilstandsamt Schwarzenburg
Nyffenegger Heinz, DLZ Oberland
Peng Renato, Betr. + Konkursamt Moutier
Probst Peter, HTA-BI Professoren
Reber Hans, DLZ Oberland
Riedwyl Heidi, Angestellte PZM
Rindlisbacher Heinz, Jagdinspektorat
Rondi Mario, Kreisgrundbuchamt II
Roth Peter, INFORAMA Schwand
Ruprecht Anton, Jugendheim Lory Münsingen
Sauteur Patrice, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Sauvain Georges, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Saxer Roland, Administrative Verkehrssicherheit
Schäfer Urs, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Schafroth Walter, Strasseninspekt. Emmental
Schaller Johann, Inst. für Biochemie Uni
Schärer Hanspeter, Betr. + Konkursamt Fraubrunnen
Schenk Ursula, Sprachheilschule Münchenbuchsee
Schlecht Christian, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Schmied Hans-Peter, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Schneeberger Martin, KGU Lehrauftrag
Schneider André, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Schneider Hans-Peter, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Schneider Jörg, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Schüpbach Markus, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Schürch Fritz, Waldabteilung 5
Schütz Hans Rudolf, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Schwab Heinz, HTA-BI Professoren
Schwarz Walter, Werktherapie PZM
Schweizer Beat, Verkehrsorg. und Schifffahrt
Schweizer Max, Obergeringenieurkreis I
Schwendimann Peter, Jagdinspektorat
Staudenmann Hans-Rudolf, Pflegepersonal PZM
Stauffenegger Andreas, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Stoller Klaus, ref. Pfarrer
Streff Albrecht, Verwaltung Oeschberg
Stucki Maria, Transportdienst Uni
Suter Ernst, Zivilstandsamt Frutigen
Theilkäs Werner, Angestellter PZM
Utz Beat, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Vaucher Annelise, Zivilstandsamt Courtelary
von Allmen Otto, Kantonspolizei
von Känel Ulrich, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Weber Margrit, Berufs- + Laufbahnberatung
Weber Peter, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Wegmüller Peter, Zahnmedizin. Inst. Uni
Winkler Samuel, Landwirtschaftsdir. Loveresse
Wittwer Franz, Zahnmedizin. Inst. Uni
Würsten Jürg, KAPO Bern Zentr./Mannschaft
Wyss Hermann, Strasseninspektorat Emmental
Züst Christian, HTA-BU Professoren
Zwahlen Peter, Waldabteilung 5

Jahresrechnung 2003

1. Allgemeine Verbandsrechnung

1.1 Erfolgsrechnung

	Ertrag	
	Budget	Rechnung
Mitgliederbeiträge	690 000.00	681 866.50
Kapitalzinserträge	10 000.00	3 783.85
Rückerst. Coop-Rechtsschutz	0.00	333.25
Rückerstattung KPT	5 000.00	5 408.00
Steuer-Rückerstattungen	0.00	8 829.30
Total Ertrag	705 000.00	700 220.90

	Aufwand	
	Budget	Rechnung
Abgeordnetenversammlung	8 000.00	8 191.10
Zentralvorstand	6 000.00	5 245.10
Geschäftsleitung, Delegationen	22 000.00	22 565.35
Personalaufwand	385 000.00	382 567.65
Sozialleistungen Arbeitgeber	66 000.00	60 617.35
Aus- und Weiterbildung Personal	3 000.00	0.00
Büromiete und Nebenkosten	52 000.00	53 367.15
Kapitalzinsen	500.00	90.80
Büro- und Verwaltungsaufwand	28 000.00	34 498.60
Anschaffung/Unterhalt Mobiliar	2 500.00	466.10
Informatikaufwand	13 000.00	9 878.70
Telefon-/Elektroinstallationen	1 000.00	0.00
Beiträge an Berufsverbände	7 000.00	6 925.40
Beitrag an REKA	1 500.00	1 100.00
Gemeinnützige Beiträge	500.00	340.00
Rechtsschutzkosten (Anteil 2003)	40 000.00	40 000.00
Weiterbildungsbeiträge Mitglieder	1 000.00	0.00
Werbung	40 000.00	45 309.85
Speisung Spez. finanz. Aktionen	30 000.00	30 000.00
Steuern	7 000.00	6 771.60
Ehrungen und Diverses	1 000.00	674.80
Beitrag an «diagonal» (Ziff. 1.2)	0.00	5 623.60
Total Aufwand	715 000.00	714 233.15
Total Ertrag	705 000.00	700 220.90
Aufwandüberschuss 2003	-10 000.00	-14 012.25

1.2 Verbands-Organ «diagonal»

	Ertrag	
	Budget	Rechnung
Inserate, Zeitungsabonnemente	49 000.00	42 914.80

	Aufwand	
	Budget	Rechnung
Druckkosten	35 000.00	33 111.35
Versand	12 000.00	11 844.55
Honorare	2 000.00	3 582.50
Total Aufwand	49 000.00	48 538.40
Total Ertrag	49 000.00	42 914.80
Übertrag in Erfolgsrechnung	0.00	5 623.60

1.3 Bilanz per 31. 12. 2003

	Aktiven	Passiven
Kassen	2 256.15	
Reisecheckkasse	5 444.25	
PC-Konto 30-1286-0	35 559.88	
BEKB (Kto.korr. 167.801.093)	739.70	
BEKB (Sparkto. 3.488.505.64)	158 644.85	
Wertschriften	500.00	
Diverse Debitoren	14 378.55	
Guthaben Verrechnungssteuer	1 324.40	
Mobilien/Einrichtungen/EDV	1.00	
Diverse Kreditoren		50 542.60
Eigenkapital:		
Stand am 1. 1. 2003	182 318.43	
Aufwandüberschuss 2003	-14 012.25	168 306.18
	218 848.78	218 848.78

2. Spezialfinanzierung Aktionen

2.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag
Bankspesen	8.70	
Aufwand Warnstunde	65 396.55	
Ertrag Warnstunde		18 808.30
Kapitalzinserträge		3 578.26
Einlage aus allg Verbandsrechnung		30 000.00
Aufwandüberschuss 2003	65 405.25	13 018.69

2.2 Bilanz per 31. 12. 2003

	Aktiven	Passiven
BEKB (Sparkto. 3.488.508.37)	79 056.60	
BEKB (Ansp.kto. 8.018.909.62)	242 890.45	
Guthaben Verrechnungssteuer	1 252.40	
Diverse Kreditoren		961.55
Eigenkapital:		
Stand am 1. 1. 2003	335 256.59	
Aufwandüberschuss 2003	-13 018.69	322 237.90
	323 199.45	323 199.45

3. Konsolidierter Erfolg des BSPV pro 2003

Allg. Verbandsrechnung (Aufwandüberschuss)	14 012.25
Spezialfinanzierung Aktionen (Aufwandüberschuss)	13 018.69
Total	27 030.94

4. Stiftung Unterstützungskasse

4.1 Erfolgsrechnung

	Aufwand	Ertrag
Bankspesen	22.80	
Steuern	5 964.75	
Rechtsschutzkosten	40 000.00	
R'schutzkosten/Ant.Verb.allg. (Anteil 2003)		40 000.00
Kapitalzinserträge		4 887.65
Ertragsüberschuss Liegenschaft		27 859.35
Ertragsüberschuss 2003	26 759.45	72 747.00

4.2 Bilanz per 31. 12. 2003

	Aktiven	Passiven
BEKB (Sparkto. 3.454.009.82)	532 902.72	
Guthaben Verrechnungssteuer	1 710.70	
Konto-Korrent «Rechtsschutz»	5 190.60	
Transitorische Aktiven	5 968.45	
Darlehen	3 000.00	
Liegenschaft:	1 674 181.80	
Abschreibungen früher	-672 017.80	
Abschreibung 2003	-40 087.00	962 077.00
Fest-Hypotheken		700 000.00
Diverse Kreditoren		6 172.10
Eigenkapital:		
Stand am 1. 1. 2003	777 917.92	
Ertragsüberschuss 2003	26 759.45	804 677.37
	1 510 849.47	1 510 849.47

4.3 Liegenschaftsrechnung 2003

	Aufwand	Ertrag
Hypothekarzinsen	26 325.00	
Heizung, Beleuchtung, Reinigung	7 008.60	
Reparaturen, Erneuerung, Unterhalt	8 381.60	
Abschreibung 2003	40 087.00	
Liegenschaftssteuern	2 084.25	
Ertragsüberschuss 2003	27 859.35	
Mietzinseinnahmen		111 745.80
	111 745.80	111 745.80